ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Springler, Elisabeth

**Article**

# Postkeynesianische Alternativen in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik: Lösungsvorschläge zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

**Provided in Cooperation with:**
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

*Suggested Citation:* Springler, Elisabeth (2013) : Postkeynesianische Alternativen in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik: Lösungsvorschläge zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 39, Iss. 2, pp. 125-151

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332900

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# Postkeynesianische Alternativen in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik: Lösungsvorschläge zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise

**Elisabeth Springler**

Das mittlerweile vergangene sechste Jahr des Krisenmanagements, das sich von einer liberal geprägten Politik des europäischen Sparens eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erhofft, hat einmal mehr gezeigt, dass eine derartige wirtschaftspolitische Vorgangsweise nicht zu einer Überwindung der europäischen Krise – weder für EU-Institutionen noch für die Wirtschaftslage der einzelnen Mitgliedsstaaten – beiträgt, sondern diese verschlimmert. Jüngstes Beispiel eines Landes, das die Liga der schwachen Staaten des europäischen Südens verstärkt, ist Zypern, dessen Bankenkrise einmal mehr nach einer durchgängigen europäischen Lösung und Alternative zur gängigen Politik ruft.

## 1. Einleitung

Vor diesem Hintergrund widmet sich der vorliegende Beitrag Alternativen in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, die aus dem postkeynesianischen Theorieansatz entspringen und damit ein Gegen- oder Alternativkonzept zur neoliberalen Wirtschaftspolitik Europas darstellen. Bewusst wird dabei der Plural gewählt: postkeynesianische Alternativen. In zahlreichen wirtschaftspolitischen Bereichen zeigt sich der postkeynesianische Ansatz nicht als eine in sich geschlossene und modell-konzeptionistisch einheitliche Modellwelt, sondern gibt konkrete wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen, die einen räumlichen und historischen Bezug aufweisen, das heißt, sie sind für bestimmte Regionen oder Staaten in dem jeweiligen spezifischen historisch-institutionellen Rahmen zugeschnitten. Das bedeutet nicht, dass dadurch keine allgemein gültigen Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können. Es sind Muster ableitbar, die konkrete Ausgestaltung wird jedoch durch die spezifischen herrschenden institutionellen Rahmenbedingungen mitbegründet. Damit entfällt die un-

mittelbare Anwendung vorgefertigter Maßnahmenkataloge, zugunsten einer individuell abgeleiteten Lösung. Damit wird jedoch deutlich, dass die Forderungen des postkeynesianischen Paradigmas nicht immer mit gleicher Form und Stimme vorgetragen werden können und damit ein breiteres Spektrum aufweisen. Sieht man das im Kontrast zur methodischen und inhaltlichen Vorgangsweise im Rahmen neoliberaler Wirtschaftspolitik des standardökonomischen Paradigmas, so wird deutlich, dass sich die Schlagkraft der standardökonomischen Modellwelt, zumeist gerade auf dieses universelle a-räumliche und a-historische Anwendbarkeitspostulat des ökonomischen *Mainstream* konzentriert. Somit wird alleine durch die Verwendung des Plurals in der Begrifflichkeit postkeynesianische Alternativen noch vor einer Evaluierung im Hinblick auf den Nutzen und Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen eine weitere Herausforderung für diesen ökonomischen Theorieansatz geschaffen: das Antreten gegen eine herrschende Ideologie, die stets die gleichen Handlungsempfehlungen wiederholt und die ihrer eigenen Inadäquanz mit noch mehr von demselben begegnet. Neoliberale Handlungen führen demnach noch nicht zum gewünschten Erfolg, weil sie eben noch immer nicht von allen (Regionen, Staaten, sonstigen AkteurInnen) vollkommen umgesetzt werden. Dementgegen büßt eine Alternative, die sich um eine spezifische Problemlösung bemüht, nicht nur an Schlagkraft, sondern auch an Schnelligkeit ein, denn hier bedarf es einer konkreten Analyse und Ursachenbekämpfung nicht eines raschen allgegenwärtigen Allheilmittels.

Dies leitet zu einem weiteren Aspekt über, der für diesen Beitrag wesentlich ist: die schrittweise Darstellung eines alternativen Krisenmanagements, von der Ausgangslage der Finanzmärkte (Abschnitt 3) über die Verschuldungs- und in der Folge (Abschnitt 4) nun auch Verteilungsfrage (Abschnitt 5), bis hin zu einer oft vernachlässigten Ursachenerforschung für die Krise – nämlich den Wohnungsmarkt – und einem öffentlichen Auftrag im Bereich des Krisenmanagements (Abschnitt 6). Diese Elemente verdeutlichen den Verantwortungsrahmen des Staates. Den Ausgangspunkt (Abschnitt 2) stellt jedoch, aufgrund der bereits verdeutlichten Bedeutung des historischen und institutionell-strukturellen Rahmens für den Postkeynesianismus, ein kurzer Überblick über die Etappen und institutionellen Einbindungen des Paradigmas selbst dar.

## 2. Historische Perspektive und der ableitbare allgemeingültige Handlungsrahmen

Nachdem sich der Postkeynesianismus in erster Linie auf die Schriften von John Maynard Keynes[1] bezieht, werden die historische Entstehung und der Wandel im Bezug zu anderen ökonomischen Richtungen – vor

allem zum ökonomischen Mainstream – ab der Diskussion um die „The General Theory on of Employment, Interest, and Money“ aus dem Jahr 1936 gesehen.

Bis heute lassen sich grob drei Perioden unterteilen: die Zeit unmittelbar nach Keynes, der Wandel der Themen und Ausrichtung in den 1970er-/1980er-Jahren und die Themen seit den 1990er-Jahren, die vor allem auch durch die Krise der letzten Jahre determiniert wurden.

### 2.1 Aufgaben unmittelbar nach Keynes

Mit dem Erscheinen von „The General Theory on of Employment, Interest, and Money“ fand unmittelbar eine lebhafte Diskussion auch innerhalb der standardökonomischen ÖkonomInnen statt. Wie Hagemann (2012) als einen Aspekt in seinem ausführlichen historischen Abriss zur Keynesianischen Revolution und den Weiterentwicklungen im Rahmen der Neoklassischen Synthese und des Postkeynesianismus zeigt, hat dazu vor allem die Tatsache beigetragen, dass John Hicks durch seine Diskussion und seinen nachhaltigen Versuch der Integration der Schriften von Keynes in die standardökonomischen Ansätze, die bis heute im Rahmen der IS-LM Modellwelt bestehen und weltweit fester Bestandteil einer ökonomischen und betriebswirtschaftlichen universitären Ausbildung sind, eine unmittelbare Wahrnehmung und damit theoretische Auseinandersetzung der keynesianischen Schriften im ökonomischen *Mainstream* bewirkt hat. Snowdon/Vane (2005, S. 71ff.) verdeutlichen in ihrem Überblick zur keynesianischen Theorie drei Strömung als Weiterentwicklung von Keynes: eine hydraulische Interpretation, welche die Eingliederung Keynes im Rahmen des IS-LM-Modells in den ökonomischen Mainstream darstellt, eine Neo-Keynesianische Variante, die ebenfalls zu einer gleichgewichtigen Analyse der Ökonomie führt und eine fundamentalistische, auch postkeynesianische Variante, die sich vor allem gegen die unmittelbare hydraulische Variante wendet.

Eine wesentliche Protagonistin dieser unmittelbaren Auseinandersetzung im Rahmen des Postkeynesianismus ist Joan Robinson,[2] die sich zum einen eines wesentlichen Themas annimmt, das im Rahmen der „General Theory“ zwar angesprochen, aber konzeptionell unterrepräsentiert ist, die Frage der Einkommensverteilung[3] und zum anderen die weitere Deutung und Interpretation der „General Theory“ vorantreibt. In ihrem Werk „Introduction to the Theory of Employment“ macht sie deutlich, dass das Ziel sei, die „General Theory“ verständlich zu machen und dessen Struktur zur verdeutlichen.[4] Die wesentlichste Aufgabe dieser ersten Periode unmittelbar nach Keynes bestand somit darin, die Gegenposition zum jeweils gängigen[5] *Mainstream* zu verdeutlichen.

Doch neben diesem wirtschaftspolitischen Anliegen, war es ebenso we-

sentlich die theoretischen Grundlagen zu verdeutlichen, die jedoch erst einige Jahre später, nämlich von Alfred Eichner und Jan Kregel (1975) konsistent zusammengefasst wurden.[6] In Kürze seien hier acht wesentliche Punkte des postkeynesianischen Ansatzes zusammengefasst, durch welche die weiteren wirtschaftspolitischen Empfehlungen determiniert werden:

1. Das keynesianische Prinzip der effektiven Nachfrage:[7] Im Postkeynesianismus ist ebenso, wie bei Keynes das Prinzip der effektiven Nachfrage wesentlich. Damit ist der postkeynesianische Ansatz im Gegensatz zu einem wesentlich Teil des ökonomischen *Mainstream* nachfragegetrieben.[8]
2. Ein weiterer wesentlicher Diskussionspunkt ist das Verhältnis zwischen Investitionen und Sparen. Während im Rahmen des ökonomischen Mainstream, postuliert wird, dass für Investitionen eine vorhergegangene Sparakkumulation notwendig ist und damit die Gleichung Sparen gleich Investitionen *a priori* gilt, geht Keynes verstärkt von einer Verschuldungsposition aus, bei der Investitionen eine Steigerung des Einkommens bedingen und in weiterer Folge die Sparvolumina erhöhen, sodass die Gleichung schließlich *ex-post* besteht, aber nicht *ex-ante.* Durch die Bedeutung der Verschuldungsposition kommt der Ökonomie im Rahmen einer Krise durch steigende Verschuldungsraten eine höhere Dynamik zu. Das ist vor allem im Rahmen der jüngsten Krisenerklärung von Bedeutung (siehe vor allem Abschnitt 2.3).
3. Die reale Welt im Zentrum der Wirtschaftsanalyse: Während der ökonomische Mainstream in den Modellanalysen oftmals die axiomatischen Annahmen in den Mittelpunkt rückt, setzt sich Keynes zum Ziel, realwirtschaftliche Fragestellungen ins Zentrum zu setzen oder wie Kurt Rothschild (2012, S. 159) es bei der Frage der politischen Vision großer Ökonomen ausdrückt: „… es [ist] aber vielleicht noch bemerkenswerter, dass sich dieser außerordentliche Einfluss [von Keynes] nicht nur auf die ökonomische Theorie beschränkt, sondern ebenso im Bereich der Wirtschaftspolitik und damit der Politik im allgemeinen wirksam wurde. Das hängt damit zusammen, dass Keynes die Inspiration für seine Arbeiten – trotz wichtiger formal ‚rein' theoretischer Werke – stets von realen Problemen und realpolitischen Möglichkeiten bezog." Dementsprechend verschreibt sich auch die postkeynesianische Konzeption einer engen Verbindung von theoretischen Analysen und konkreten realwirtschaftlichen Phänomenen.
4. Setzt man sich jedoch nun zum Ziel realwirtschaftliche Phänomene zu analysieren wird deutlich, dass die ökonomische Methode nicht mehr für sich alleine stehen kann, sondern sich der Fragestellung unterordnen muss.[9] Das bedeutet, dass die Methodenwahl in der Ökonomie

nicht im Vorhinein postuliert werden kann und somit auch keine klare Hierarchie zwischen den Methoden herrschen kann, sondern sich eine durch die Fragestellung bedingte beste Analysemethode ergibt.[10] Damit wendet sich der Postkeynesianismus zum einen wiederum gegen den ökonomischen *Mainstream,* der von einer zum einem klaren Priorisieren der Ökonomie im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften ausgeht, und zum anderen die quantitative mathematische Modellwelt gegenüber einer qualitativen Methode priorisiert. Demgegenüber postuliert der Postkeynesianismus – z. B. Dow (2001) – einen Pluralismus in Methode und Interdisziplinarität in der Analyse.

5. Der postulierte Pluralismus in Methode und Zugang zu ökonomischen Fragestellungen ermöglicht einen weiteren Eckpfeiler der postkeynesianischen Analyse, die Integration des historischen Kontexts als wesentliche Grundlage zur Erforschung realwirtschaftlicher Phänomene. Damit wird wiederum ein Gegenpol zum ökonomischen *Mainstream* geschaffen, der eine a-historische Analyse vorstellt. Damit wird die historische Zeit,[11] die Bedeutung, dass eine wirtschaftspolitische Maßnahmen, vor dem jeweiligen historischen Kontext greift und in diesen eingebettet werden muss, vor die Konzeption der logischen Zeit gestellt, die im Rahmen der Modellwelt des ökonomischen *Mainstream* herrscht und ermöglicht, dass sich ein wirtschaftspolitischer Eingriff im Verschieben von einzelnen Kurven in Grafiken widerspiegelt, die jederzeit wiederum durch entgegengesetzte wirtschaftspolitische Maßnahmen in ihre ursprüngliche Lage versetzt werden können. Diese mechanistische Vorgangsweise ist bei dem Anerkennen von historischer Zeit nicht mehr möglich und erschwert damit wiederum die Schaffung eines allgemeinen – über den Zeitablauf und Raum hinweg – gültigen Modells.
6. Das bedeutet, dass damit vergleichende Analysen an Bedeutung gewinnen und es ermöglichen, den jeweiligen historischen Kontext, der auch durch die jeweiligen institutionellen Gegebenheiten bestimmt wird, zu erfassen Dow ([1985] 75). verdeutlicht die unterschiedliche Bedeutung von Institutionen im ökonomischen *Mainstream* und dem postkeynesianischen Ansatz folgendermaßen: *„The abstract mainstream model presumes an institutional structure (based on perfect competition) which essentially remains fixed. Post Keynesian theory, in contrast, presumes that institutional change is the norm, and indeed makes the historical development of economics (as societies) the main object of observation of economies …“*
7. John Maynard Keynes verdeutlichte in seinen Schriften – vor allem in „Treatise on Probability“ – immer wieder die Bedeutung von Unsicherheit für ökonomische Entscheidungen.[12] Dabei wird deutlich, dass es Grenzen für die mathematische Bestimmung von Risiko und damit für

die Minimierung von Unsicherheit für ökonomische Entscheidungen gibt. Durch die somit entstehende fundamentale Unsicherheit,[13] wird abermals die Bedeutung quantitativer allgemein gültiger Modelle minimiert, aber gleichzeitig scheinbar auch der Analyserahmen des Postkeynesianismus selbst erschwert. Schließlich stellt sich somit die Frage nach der Gültigkeit postkeynesianischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Dabei handelt es sich jedoch nur um eine scheinbar erschwerte wirtschaftspolitische Prognosefähigkeit,[14] denn durch die Analyse des oben beschriebenen institutionellen Rahmens und dessen optimale Einsetzung, können stabilisierende Wirkungen geschaffen werden, die allerdings nicht mathematisch quantifizierbar sind. Das heißt, es handelt sich bei der Anerkennung von fundamentaler Unsicherheit vor allem um eine Abkehr von etwa finanztechnischen Absicherungen, die die Bedeutung von Risiko mit dem Begriff der Unsicherheit gleichsetzen. Vor allem für die Frage nach der Stabilisierung des Finanzmarktes ergeben sich daher im Postkeynesianismus grundlegend andere Forderungen als im ökonomischen Mainstream (siehe Abschnitt 2).

8. Als entwicklungstheoretische Anwendung der keynesianischen Konzeption der effektiven Nachfrage und der Bedeutung von konjunkturellen Ungleichgewichten, wird auch im Rahmen eines wachstumstheoretischen Kontexts nicht von einer gleichgewichtigen Entwicklung ausgegangen. Dabei stehen vor allem die Analysen von Harrod und Domar im Zentrum des keynesianischen Ansatzes.[15] Daraus abgeleitet sind wiederum die wirtschaftspolitischen Empfehlungen für Stabilität und Entwicklung geprägt durch die Postulate eines historisch-institutionellen Zusammenhangs im Zentrum und stellen vor allem auch im Bereich der Stabilisierung der Finanzmärkte einen Kontrapunkt zum ökonomischen Mainstream dar.

In Anwendung dieser Eckpfeiler der postkeynesianischen Theorie entwickelten sich in der weiteren Folge die spezifischen Themen des Ansatzes.

### 2.2 Themen in den 1970er-/1980er-Jahren

Die Positionierung des Postkeynesianismus in den 1970er- und 1980er-Jahren konzentriert sich stärker auf eine homogenere Darstellung der theoretischen Konzeption. Es wird nicht nur die Gegenposition zum ökonomischen *Mainstream* thematisiert, sondern auch das Erbe von Keynes weiterentwickelt und auf die wesentlichen Entwicklungen dieser Periode angepasst. Der ökonomische Ansatz wird in der Folge nicht nur in Großbritannien, sondern auch in den USA weiterentwickelt. Damit kommt es auch zu einer Spaltung der inhaltlichen Weiterentwicklung der Modellstruktur. Zum einen werden realwirtschaftliche Themen und Fragen der Vertei-

lungstheorie in Großbritannien vorangetrieben, während in den USA vor allem monetäre Themen – der Ansatz des endogenen Geldes – diskutiert werden. Wesentlich dabei sind zunächst die Arbeiten von Sidney Weintraub und in weiterer Folge Paul Davidson und Basil Moore.[16] Neben Ansätzen zum endogenen Geld finden auch Konzeptionen zum Arbeitsmarkt eine weitere Vertiefung, dabei wird im makroökonomischen Zusammenhang die Verbindung zwischen Fragen der Beschäftigung und der Verteilung geknüpft – sowohl der personellen, als auch der funktionalen.[17]

Fragen des Arbeitsmarktes und der Lohnpolitik erweisen sich durch das keynesianische Ziel einer Verringerung der Arbeitslosigkeit als Wesentlich; nachdem jedoch hier eine starke Interdependenz zum Gütermarkt postuliert wird, erweist es sich als konzeptionell schwierig den Arbeitsmarkt als eigenen Markt analytisch darzustellen. Vielleicht auch aus dem Grund der eingeschränkten graphischen Darstellbarkeit, treten die wirtschaftspolitischen Analysen und Diskussionen im Vergleich zu anderen postkeynesianischen Fragestellungen in den Hintergrund.[18]

Demgegenüber rücken geldtheoretische und -politische Fragestellungen zu diesem Zeitpunkt immer mehr in den Vordergrund, nicht zuletzt durch die fortschreitende Liberalisierung am Bankensektor, sowie freie Kapitalmobilität. Damit wendet sich der Postkeynesianismus auch gegen die hegemoniale Vormachtstellung der USA.

Im Zentrum der Analyse steht die Frage der Bedeutung des Einflusses der Notenbank für die Entwicklung der Geldmenge in einer Volkswirtschaft. Im Rahmen der standardökonomischen Analyse werden der Notenbank die Macht, das Wissen und die vollkommene Steuerbarkeit der Geldmenge[19] unterstellt. Somit kann der Geldschöpfungsprozess der Geschäftsbanken etwa in konjunkturellen Abschwüngen durch eine expansive Geldpolitik (durch eine direkte Erweiterung der Geldmenge oder eine unmittelbare Senkung der Zentralbankzinsen) zu einer Überwindung der Krise beitragen. Damit wird die Geldmenge exogen durch die Notenbank gesteuert und es ergibt sich eine vertikale Geldangebotsfunktion – die damit vollkommen unelastisch auf Zinsänderungen reagiert. Jegliche Änderungen der Geldmenge ergeben sich durch eine von außen veränderte Geldpolitik der Notenbank, die auf die hierarchisch nachgeordneten AkteurInnen Geschäftsbanken und UnternehmerInnen/Haushalte als InvestorInnen trifft. Investitionsentscheidungen werden daher aufgrund des Angebots an Zentralbankgeld, das durch die Geschäftsbanken weitergegeben wird, getroffen. Soweit der standardökonomische Ansatz. Demgegenüber geht der postkeynesianische Ansatz von den Investitionsentscheidungen der UnternehmerInnen/Haushalte als Anfangspunkt aus. Diese Investitionsentscheidung mündet in einer Kreditnachfrage, die die InvestorInnen an die jeweilige Geschäftsbank herantragen.[20] Diese prüft die Möglichkeit der Kreditvergabe und entscheidet, nach Maßgabe regula-

tiver Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der Refinanzierung am Interbankenmarkt,[21] eine Refinanzierung der Notenbank in Anspruch zu nehmen. Im Anschluss werden darauf aufbauend, mit einem Zinsaufschlag Kredite vergeben und damit das Kreditangebot gleich dem Geldangebot gesetzt. Auf diese Weise wird Geld endogen im System geschaffen und nicht exogen von der Notenbank induziert. Grundsätzlich gleich zwischen dem standardökonomischen und dem postkeynesianischen Ansatz sind die AkteurInnen, die in den Geldschöpfungsprozess involviert sind. Allerdings ändert sich die Stellung der Notenbank; diese hat hier nicht mehr das Primat und die Kontrolle über das Geldangebot, sondern ist im Prozess von den AkteurInnen letztgereiht. Freilich wird der Notenbank nicht abgesprochen einen Einfluss im Prozess des Geldangebots zu haben, schließlich stellt die Notenbank Reserven für die Geschäftsbanken zur Verfügung zu einem bestimmten Zinssatz, wodurch das Zinsniveau auch für die InvestorInnen mitbestimmt wird (es handelt sich um den Zentralbankzins plus den Zinsaufschlag, den die Geschäftsbanken verrechnen), doch die Notenbank hat keinerlei Einfluss auf die Investitionsentscheidungen der UnternehmerInnen/Haushalte selbst. Sind die Erwartungen schlecht, besteht konjunkturelle Unsicherheit, so werden die Investitionsentscheidungen und damit die Kreditnachfrage an sich sinken. Aus geldpolitischer Sicht bedeutet das, dass die Notenbank im Rahmen von Zinspolitik (nicht im Rahmen einer Geldmengensteuerung) in den Prozess eingreift/eingreifen soll.

Diese Konzeption des endogenen Geldes erfüllt die unter 2.1 beschriebenen wesentlichen Eckpfeiler des postkeynesianischen Ansatzes: Das Geldangebot ist nachfragegesteuert und kreditgetrieben. Das bedeutet, dass die Verschuldungspositionen in der Ökonomie einen wesentlichen Stellenwert einnehmen und Investitionen nicht unmittelbar durch vorheriges Sparen determiniert sind. Vor allem bei einer genaueren Betrachtung der Alternativen der Geschäftsbanken zu einer Refinanzierung bei der Notenbank wird die Bedeutung des herrschenden institutionellen und strukturellen Rahmens in den Vordergrund der Analyse gerückt. Damit sind wiederum Analysen möglich, die die Bedeutung von strukturellen Veränderungen beleuchten und auf diese Weise dem Postulat der historischen Zeit entsprechen. Studien zeigen in diesem Zusammenhang etwa, dass durch eine steigende Globalisierung und Internationalisierung von Geschäftsbanken auch vor einen entwicklungsökonomischen Zusammenhang eine Entwicklung vom exogenen Geld hin zum endogenen Geld argumentiert werden kann. In diesem Zusammenhang argumentieren Dow/Gosh/Ruziev (2008) vor dem Hintergrund der Integration der Transformationsstaaten Zentraleuropas, dass innerhalb weniger Jahre (seit Beginn der Transformation) eine rasante Entwicklung im Hinblick auf ein international tätiges Bankensystem durchlaufen wurde und in diesem

Zusammenhang auch der Interbankenmarkt an Bedeutung gewonnen hat. Entsprechend dieser Argumentation kann von einer wachsenden Endogenität des Geldes ausgegangen werden.

Bei der Durchsetzbarkeit dieser ökonomischen Alternative zum gängigen Mainstream, ergibt sich jedoch das Problem der Nachweisbarkeit. Bisher haben empirische Studien wohlgemerkt, weder den allgemeinen Nachweis für exogenes Geld noch einen Nachweis für endogenes Geld erbringen können. Zwar kann quantitativ gezeigt werden, dass eine Region oder ein Land zu einem bestimmten Zeitpunkt etwa eher endogenes Geld als exogenes Geld aufwies (etwa Vera 2001), die Bestimmung der zeitlichen Bedingungen in den Kausalzusammenhängen erweist sich jedoch als komplex.

### 2.3 Themen ab den 1990er-Jahren

Die Situation der postkeynesianischen Ökonomie wird seit den 1990er-Jahre und auch im Rahmen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 wesentlich durch die Situation an internationalen Forschungseinrichtungen mitbeeinflusst[22] und führt dazu, dass die Forschungszentren zum einen stark zersplittert sind, zum anderen aber auch in einem stärkeren Maß im deutschsprachigen Bereich Fuß fassen.[23] Es wird versucht, eine Verengung der Themenbereiche voranzutreiben; man sieht sich weiterhin durch die makroökonomische Formulierung der Modellwelt determiniert. Besondern in den letzten Jahren kommt es aber auch zu einer wiederum stärkeren Auseinandersetzung mit dem ökonomischen Mainstream und dem dort vorgenommenen Methodenwandel. Als Beispiel dafür dann auch die verstärkte analytische Mikrofundierung der Makroökonomie verstanden werden, die auch in der postkeynesianischen Theorie Einzug hält und sich zum Ziel setzt, im Rahmen von *agent based modelling* (siehe in diesem Zusammenhang die Ausführungen von Godley/ Lavoie [2007], für den Kreditmarkt und Geldmarkt) eine verstärkte mikroökonomische Komponente in den analytischen keynesianischen Rahmen zu integrieren.

Ein wichtiges Thema in den letzten Jahren – schon vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 – ist die verstärkte Wiederaufnahme des Themenbereichs der Einkommensverteilung und dessen wirtschaftspolitische Positionierung innerhalb der postkeynesianischen Theorie. Dabei steht nicht nur die Frage der personellen Einkommensverteilung, sondern vor allem die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung im Zentrum.[24] Damit wird auch dem realwirtschaftlichen Bezug, im Gegensatz zu den Analysen des endogenen Geldes wiederum eine direkte Bedeutung gegeben. Obwohl im postkeynesianischen Ansatz dieser Zusammenhang als wesentlich angesehen wird, ist einer der Kritikpunkte an den Modellen des endogenen Geldes, dass die Produktionsseite und

die reale Bedeutung der Investitionen (unter anderem auch die Frage, in welche Form von Investitionen die Gelder fließen) nicht in die Konzeption integriert[25] sind. Diese steigende Bedeutung der Realwirtschaft und der Mangel einer genaueren Analyse der Form von Investitionen lässt nun einen weiteren Begriff *„financialization"* und damit die Frage einer Ab- oder Entkoppelung der Realwirtschaft von der Geldwirtschaft als wesentlich für die postkeynesianische Analyse erscheinen. Dabei lassen sich laut Orhangazi ([2008] 41f) drei Argumentationslinien zur Erklärung des Finanzialisierungsprozesses unterscheiden. Zum einen werden diese in eine langfristige strukturelle Analyse des Kapitalismus aus historischer Warte eingebettet, zum anderen werden die Veränderungen durch neoliberale Wirtschaftspolitiken seit den 1980er-Jahre zugrunde gelegt und die darauf aufbauenden strukturellen Veränderungen analysiert. Einen weiteren Ansatzpunkt stellt die sich im Zeitablauf wandelnde Rolle des Finanzsektors und der Regulierung im Hinblick auf nicht-finanzielle Unternehmen dar.

Die im Rahmen dieses historischen Abrisses genannten Themen für Ansätze zu wirtschaftspolitischen Alternativen zeigen auch, dass der Postkeynesianismus, wenn auch nicht in sich konsistent als ein Modell formuliert, so dennoch konsistent in Bezug auf die theoretischen Eckpfeiler der Konzeption ist. Maßnahmen für alle Stufen des Ablaufs der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise können abgeleitet werden. Diese werden im Folgenden dargestellt.

## 3. Finanzmärkte in der Krise und die Frage der Regulierung

Der erste Schritt in der derzeitigen globalen Wirtschaftskrise war der Ausbruch der Finanzkrise in den USA im Laufe des Jahres 2008, der nur wenige Monate später auch Europa traf.

Im Rahmen der standardökonomischen Analyse wird ein derartiger konjunktureller Einbruch häufig auch als kurzfristige Wertberichtigung angesehen, nach der liberale Märkte den unverzerrten Gleichgewichtspreis finden. Man geht von einer Effizienz des Kapitalmarktes aus.[26] Dementsprechend berufen sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu einer Verbesserung der Lage vor allem auf Transparenzsteigerungen und Informationssteigerung am Markt, sodass ein möglichst ökonomisch perfekter Markt erscheinen soll. Diese Maßnahmen sollen das Vertrauen am Markt erhöhen und damit durch Selbstregulierung zu einer Disziplinierung unregulierter Märkte beitragen.

Die postkeynesianische Alternative bezieht sich hingegen auf eine starke institutionelle Absicherung der Finanzmärkte, wodurch ein stabileres Umfeld geschaffen werden kann. Nachdem Unsicherheit – im Postkeynesianismus als fundamentale Unsicherheit wahrgenommen – nicht durch fi-

nanzmathematische Methoden verringert oder berechnet werden kann, ermöglicht der institutionelle Rahmen ein gewisses Maß an Stabilisierung. Gleichzeitig wird die Rolle des Staates zum direkten Eingriff im Sinn einer Stabilisierungspolitik propagiert. Daraus ergibt sich im Rahmen des postkeynesianischen Ansatzes ein alternativer Regulierungsmodus im Vergleich zu standardökonomischen Ansätzen. Während diese durch Selbstregulierung auf die Selbstheilungskräfte der Märkte hoffen und diese vor allem sogenannte präventive (z. B. gesetzliche Rahmenbedingungen) Maßnahmen stimulieren wollen,[27] zeichnet sich die postkeynesianische Forderung zur Stabilisierungspolitik durch starke protektive Maßnahmen aus, das heißt, wirtschaftspolitische Maßnahmen die einen direkten staatlichen oder institutionellen Eingriff bedingen sind wesentlicher Bestandteil von Regulierungsmaßnahmen. Unter anderem Akyüz gibt bereits im Jahr 2002 eine detaillierte Analyse über alternative Reformen zur Internationalen Finanzarchitektur.

Damit setzt der Postkeynesianismus unmittelbar am Postulat ungleichgewichtiger Entwicklung (siehe Abschnitt 2.1) an, die konjunkturelle Schwankungen im Kapitalismus bedingt. Die theoretische Konzeption für die Bedeutung des institutionellen Rahmens lassen sich dabei unter anderem bei Hyman Minsky finden, der im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise quasi wiederentdeckt wurde und im Folgenden unter 3.1 vorgestellt wird.

Doch der Ausbruch der Finanzkrise hat nicht nur zu Neubewertungen auf den Börsen geführt und unmittelbar auch die Realwirtschaft negativ beeinflusst, auch der Bankensektor hat hohe Instabilitäten gezeigt. Das Resultat ist ein Hinterfragen der herrschenden Regulierungsmodi am Bankensektor. Ein wichtiger wirtschaftspolitischer Bestandteil dessen sind die Abkommen von Basel (I-III), die Eigenkapitalvorschriften ins bankenrechtliche Zentrum zur Stabilitätssteigerung rücken. Diesen von standardökonomischer Seite propagierten Maßnahmen stellt der Postkeynesianismus ebenfalls eine wirtschaftspolitische Alternative gegenüber, die stark an der postkeynesianischen Konzeption des endogenen Geldes anknüpft (siehe Abschnitt 3.2).

### 3.1 Minsky: Konzeption ohne unmittelbare wirtschaftspolitische Umsetzung?

Die Schriften von Hyman Minsky haben durch die Finanzkrise von 2008 eine Wiederentdeckung erfahren, nicht nur von postkeynesianischen ÖkonomInnen, sondern auch vom ökonomischen *Mainstream.* Dies spiegelt sich auch in einer Neuauflage von Minskys Werk „Stabilizing an Unstable Economy“ wider. Schon im Vorwort zur Neuauflage von 2008 wird von Henry Kaufmann die Bedeutung der Schriften von Minsky zur Erklärung

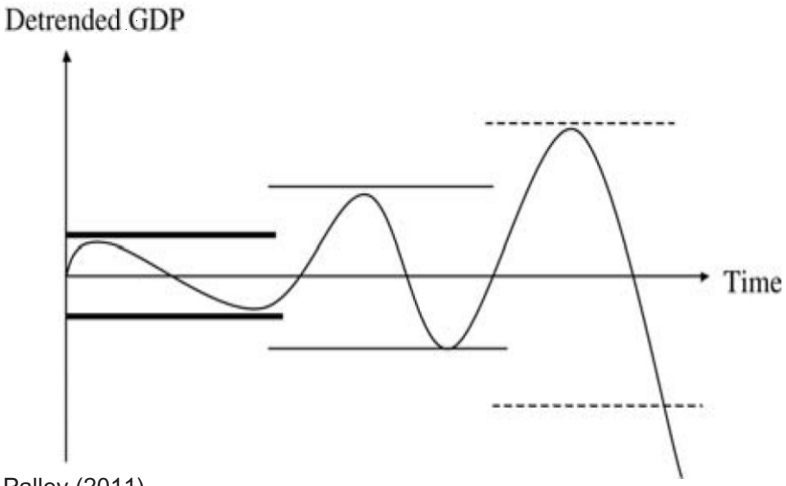
der Finanzkrise angeführt und Papadimitriou und Wray verdeutlichen in ihrem Vorwort zum Buch: *„There has been a steady demand for the book since it went out of print. Used copies offered on the Internet commanded prices upward of a thousand dollars. In 2007, interest on Minsky's work suddenly exploded as the financial press recognized the relevance of his analysis to the rapidly unfolding mortgage-backed securities market meltdown."*[28]

Anwendbar für die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 sind nicht nur Minsky's Analysen steigender Instabilität[29] – im Zeitablauf durch einen steigenden Verschuldungsgrad der Unternehmen, sondern auch die über die konjunkturellen Zyklen hinaus beobachtbaren institutionellen Veränderungen, die zu weiterer Instabilität beitragen. Zunächst bedeutet das, dass durch eine langandauernde Boomphase UnternehmerInnen positive Erwartungen in die Zukunft haben und demnach, den kapitalistischen Forderungen nach Investitionen und wirtschaftlichem Wachstum folgend, vorübergehende Veränderungen in ihrer Verschuldungsstruktur hinnehmen werden, um in der Zukunft höhere Gewinne lukrieren zu können. Das heißt somit, dass ein Anteil der Unternehmen, die bisher eine sichere – *hedge* – Finanzierungsstruktur aufwiesen und nicht nur ihre Zinsen, sondern auch ihre Kreditsumme aus den laufenden Einnahmen zurückzahlen konnten – „*The cash flows from assets in position are expected to exceed the cash flow commitments on liabilities for every period"*[30] – zunehmend in eine weniger stabile Finanzierungsstruktur – der *spekulativen* Finanzstruktur – wechseln. In diesem Verschuldungsszenario kann das Unternehmen nur noch die Zinsen aus den laufenden Einnahmen zahlen. In der instabilsten Verschuldungsstruktur befindet sich das Unternehmen schließlich in der Ponzi-Phase. Hier müssen immer wieder neue Verbindlichkeiten eingegangen werden, um die bestehenden bedienen zu können. *„A Ponzi finance unit must increase ist outstanding debt in order to meet ist financial obligations."*[31] Obwohl davon ausgegangen werden kann, dass ein bestimmter Anteil an Unternehmen auch am Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs eine ponzi Struktur aufweist, so geht Minsky davon aus, dass durch einen andauernden Boom mehr Unternehmen in die hochspekulativen Finanzierungsstrukturen wechseln und somit eine *boomgetriebene* Instabilität hervorrufen. Ist die Wachstumsphase zu Ende, etwa durch das Platzen einer Blase, entsteht ein Minsky-Moment, der die höher spekulativen Unternehmen aus dem Markt drängt. Auf diese Weise können konjunkturelle Auf- und Abschwünge erklärt werden.

Der postkeynesianische Ökonom Thomas Palley (2011) hat die Instabilitätshypothese von Minsky auf eine mittel- bis langfristige Ebene transponiert (siehe Abb. 1). Zur Verdeutlichung dessen wird gezeigt, dass durch eine Lockerung des institutionellen Rahmens – was in Abb. 1 durch die Veränderungen der Linien an den jeweiligen Wendepunkten dargestellt

wird – stärkere Fluktuationen Entwicklungen gefördert werden. Ein strenger institutioneller Rahmen hat demnach zum einen zwar eine beschränkende Wirkung auf die potentiellen Profite und damit auch auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, gleichzeitig werden aber Abschwünge auch abgefedert. Die Lockerung des institutionellen Rahmens selbst, wird unter anderem durch ein historisches Vergessen, aber auch aktive Liberalisierungsbestrebungen vorangetrieben. Daraus lässt sich wiederum die postkeynesianische Forderung nach einer Re-Regulierung der Finanzmärkte ableiten.

**Abbildung 1: Langfristiger Instabilitätszyklus**




Quelle: Palley (2011).

Die wirtschaftspolitischen Methoden und möglichen Formen einer Reregulierung der Finanzmärkte werden allerdings von Hyman Minsky selbst nicht durchgängig formuliert. Daraus hat sich nach der „(Wieder)-Entdeckung“ mit der Krise von 2008 durch standardökonomische ÖkonomInnen ein Dilemma für die postkeynesianische Alternative ergeben. Nun wurde ein postkeynesianischer Ökonom aktiv diskutiert und rezensiert, doch er selbst sieht nur vier wesentliche Anknüpfungspunkte für wirtschaftspolitischen Eingriff vor, ohne sich klar mit einem „Maßnahmenkatalog“ zu positionieren. Minsky stellt diese folgendermaßen dar: *„My agenda for an integrated program of reform will be examined under four headings: Big Government (size, spending, and taxing), an employment strategy, financial reform and market power. The details of the programs are, of course negotiable.“*[32] Weiters macht Minsky aber deutlich, dass es sich bei seinen Vorschlägen nicht um sogenannte „Slogan-Programme“ handeln kann,[33] sondern dass es sich um nachhaltige umfassende Veränderungen der strukturellen Rahmenbedingungen zu handeln hat. Was ist nun darunter

zu verstehen? Minsky selbst hat in seinen Schriften eher allgemeine Vorschläge zu einer Verbesserung der Situation gegeben, Anwendungen haben stattgefunden, doch diese sind oftmals als Diskussion innerhalb der postkeynesianischen ÖkonomInnen verharrt und wurden nur in einem eingeschränkten Ausmaß mit dem Werk von Minsky mitdiskutiert. Hinzu kommt, dass die Bereiche, die Minsky – wie oben erwähnt – als wesentliche Ansatzpunkte für Reformen identifiziert in Opposition zum Kern der standardökonomischen Wirtschaftspolitik stehen, einem schlanken und inaktiven Staat. Wie sind die Bereiche Minskys zu verstehen?

a. *Big Government:* Die Bedeutung eines *Big Government* ist nicht unbedingt nur von der Größe des öffentlichen Sektors abzuleiten, sondern vielmehr vom aktiven Einflussbereich. Handelt es sich um ein hohes Volumen etwa an Investitionen, dann muss das Steuersystem entsprechend ausgestaltet sein, um den öffentlichen Sektor finanzieren zu können. Auf diese Weise kann der öffentliche Sektor das Niveau und die Zusammensetzung der Investitionen kontrollieren.[34]

   Bei der Beschreibung des Umfangs des öffentlichen Sektors, ist es für Minsky wichtig, den Unterschied zwischen den vorgeschlagenen Steuerreformen und den zu seiner Zeit offensichtlichen Veränderungen im Rahmen der Reagan Administration – und damit seinen Gegenpol zum damals neuen ökonomischen *Mainstream* in Form des Monetarismus – zu verdeutlichen. Wie Tymoigne (2010, S. 53f) zeigt, können im langfristigen Verlauf für die USA stabilisierende Entwicklungen durch eine Ausweitung des öffentlichen Sektors erkannt werden, wobei zwei Perioden unterschieden werden: jene vor 1946 und jene nach 1946 bis heute. Die Ausweitung des öffentlichen Sektors nach 1946 hatte dabei eine deutlich stabilisierende Wirkung. Wesentlich bei den Ausführung von Minsky ist, dass ein aktiver großer öffentlichter Sektor nicht bedeutet, dass dauerhafte strukturelle Defizite hingenommen werden: *„To repeat, any organization with large debts outstanding cannot deviate by very much or for very long from at least the promise of a cash flow surplus without having the quality of the debt deteriorate. Any deviation from a government budget that is balanced or in surplus must be understood as transitory – the war will be over, the resource-development program will be finished, or income will be at the full-employment level.“*[35] Auch mit dieser Aussage spielt Minsky auf die Reagan Administration an, in deren Periode die öffentliche Verschuldung zugenommen hat und gleichzeitig der Wunsch nach einer Zurückdrängung des öffentlichen Sektors evident wurde.

b. Arbeitsmarktstrategie: Fragen der Beschäftigung sollten nicht dem Marktmechanismus überlassen werden, daher ist eine wesentliche Aufgabe des öffentlichen Sektors, hier aktiv tätig zu werden. Für Minsky bedeutet das die Aufgabe des Staates als *employer of the last re-*

*sort.* Hier wird ohne den Lohndruck zu erhöhen – zu einer sogenannten *base wage,* ein Parallelmarkt geschaffen, der als Puffer gegen steigende Arbeitslosigkeit dient. Das Ziel ist dabei Folgendes: *„The main instrument of such a policy is the creation of an infinitely elastic demand for labor at a floor or minimum wage that does not depend upon long- and short-run profit expectations of businesses … The infinitely elastic demand for labor must be created by government.“*[36] Damit ist die Arbeitsmarktstrategie ins Zentrum der Aufgaben des öffentlichen Sektors gerückt und umfasst zahlreiche aufeinander abgestimmte wirtschaftspolitische und institutionelle Maßnahmen, die auf einen permanenten Eingriff ausgelegt sind und daher einer kontinuierlichen Überarbeitung und Entwicklung bedürfen.[37]

c. Finanzreform: Obwohl die Analysen von Minsky ursprünglich den Hintergrund der 1960er-Jahre reflektieren, so lassen sich auch in Anwendung auf die Finanzkrise von 2008 Forderungen, wie etwa ein erweiterter Zugang zu Refinanzierungen der Banken durch die Geldpolitik der Notenbank, sowie zu institutionellen Garantien und Versicherungen, ableiten. Dabei hat Minsky auch einen möglichen Konflikt der Notenbank, zwischen der Herausforderung als Wirtschaftsregulator und als Finanzierungseinheit für Geschäftsbanken, genannt.[38] Unternimmt die Notenbank zur Abfederung einer zu starken konjunkturellen Überhitzung beispielsweise eine restriktive Geldpolitik, so kann durch das Steigen der Zinssätze damit die Instabilität des Finanzsystems – durch die bereits bestehenden Verschuldungspositionen von Unternehmen und Haushalten – gesteigert werden. Die Lösung, die Minsky in der Folge unterstützen würde, wäre eine Verringerung der makroökonomischen regulativen Aufgaben der Geldpolitik zugunsten eines verstärkten Einsatzes als Stabilisator des Finanzsystems und damit auch die Stärkung der Funktion als *lender of the last resort.* Dadurch rückt konsequenterweise auch die Fiskalpolitik wieder in das Zentrum wirtschaftspolitischer Aktivitäten.

d. Marktmacht: Ein weiteres Element des wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalogs und der Bedeutung eines großen, aktiven, öffentlichen Sektors, liegt in der Industriepolitik. Minsky geht dabei davon aus, dass durch den steigenden Anteil an Unternehmenszusammenschlüssen die Wettbewerbsstruktur verschlechtert wird und damit die Situation der ArbeitnehmerInnen im Vergleich zum eingesetzten Kapital verschlechtert wird. Daher fordert Minsky eine staatlich gesteuerte Industriepolitik, die den Wettbewerb forciert. *„Corporations thus foster the dominance of capital-intensive productions techniques and tilt the economy towards the use of labor-saving techniques. The result of the dominance of capital-intensive production techniques can be a chronic labor surplus.“*[39]

Daraus wird deutlich, dass Minsky selbst in seinen Schriften sehr wohl konkrete wirtschaftspolitische Forderungen positioniert hat, abgesehen von einer theoretischen Kritik an dem – damaligen – einsetzenden neoliberalen Paradigma der USA. Konsequenterweise passen die Forderungen nicht zu den heute bestehenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen von mainstream ÖkonomInnen; daher ist es nicht verwunderlich, dass man im Zuge der Krise, zwar zunächst offen für Alternativen auch die Schriften von Minsky „wiederentdeckt" hat, nachdem die wirtschaftspolitischen Forderungen jedoch in keiner Weise in die gängigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen integrierbar sind, sondern eine in sich geschlossene Alternative eines starken Staates darstellen, wurde auf diese in weiterer Folge nicht weiter eingegangen. Freilich wird bei der Konzeption von Minsky deutlich, dass er sich auf die Entwicklung der 1960er- bis 1980er-Jahre in den USA bezieht. Eine Umlegung auf die heutige Situation in den westlichen Industriestaaten wäre jedoch nicht schwierig und wird eindrucksvoll auch in zahlreichen postkeynesianischen Beiträgen vollzogen.[40]

### 3.2 Forderungen einer Alternative zu bestehenden Vorschlägen zur Bankenstabilität

Wie bereits eingangs zu diesem Abschnitt erwähnt und konsistent mit den Forderungen von Minsky und den Weiterentwicklungen von Thomas Palley nach einer starken institutionellen Absicherung des Finanzmarktes, der eine Eindämmung der konjunkturellen Schwankungen ermöglicht, wird im Rahmen des Postkeynesianismus auch eine Alternative zu den bestehenden Regulativen am Finanzmarkt gegeben. Die Eigenkapitalvorschläge von Basel I-III werden als wenig zielführend erachtet. Thomas Palley (2006) zeigt in diesem Zusammenhang die Vorzüge einer regulativen Alternative in Form von *asset based reserve requirements* (ABRR) auf. Dabei wird argumentiert, dass Instabilitäten am Bankensektor durch die unklaren, undurchsichtigen oder auch teilweise nicht gewünschten Aktivpositionen der Geschäftsbanken hervorgerufen werden und genau diese Aspekte durch die herrschenden Formen der Bankenregulierung nicht beachtet werden. Während im Rahmen von klassischen geldpolitischen Maßnahmen unter anderem durch einen Mindestreservesatz die Passivseite der Banken in den Mittelpunkt der Regulative rückte, nachdem nicht die gesamten Einlagen (Depositen) in Form von Krediten weiterverliehen werden durften, sondern ein Teil bei der Zentralbank eingelegt werden mussten, wird im Rahmen der Basel-(I-III)-Regulierungsvorschläge ein anderer Ansatz gewählt. Die Eigenkapitalrichtlinien im Rahmen der Säule 1 von Basel II und III (und die zentrale Argumentation von Basel I) konzentrieren sich auf die Aktivseite und bestimmen die Kapitalstandards (Passivseite) nach der Risikogewichtung der Assetgruppen. Doch weder

der Mindestreservesatz noch die Eigenkapitalrichtlinien von Basel I-III ermöglichen eine spezifische Regulierung unterschiedlicher Assetklassen und damit Aktivitäten der Banken. Im Rahmen von *asset based reserve requirements* hingegen soll die individuelle und spezifische Regulierung von unterschiedlichen Aktivitäten der Geschäftsbanken durch die Finanzaufsicht möglich werden. Verbindet man die Argumentation der *asset based reserve requirements* mit Analysen des endogenen Geldes (siehe Abschnitt 2.2) so wird deutlich, dass durch ein Regulativ auf dieser Ebene der Zinspolitik der Notenbank wiederum eine stärkere Bedeutung zugeordnet wird, denn die Form einer ABRR Regulierung greift in das *asset and liability management* der Geschäftsbanken ein, das den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken verringern und damit in weiterer Konsequenz auch die Effekte der Zinssteuerung der Notenbank reduzieren kann.

## 4. Der öffentliche Sektor in der Krise und die Verschuldungsfrage

Die nächste Etappe der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise war die Manifestation der Krise als Verschuldungskrise in zahlreichen europäischen Staaten. Die kurzfristigen fiskalpolitischen Maßnahmen, die versuchten mittels Staatsgarantien die geldpolitischen Effekte sinkender Zinsen zu unterstützen, wurden durch die europäische Sparpolitik und die Forderungen nach konsolidierten Staatshaushalten – vor allem im Süden Europas – abgelöst.

Auch hier stellt der Postkeynesianismus eine Alternative zur gängigen Wirtschaftspolitik dar. Neben einem *„fine tuning“* der Volkswirtschaft, die durch eine Stabilisierung der effektiven Nachfrage zu konjunkturelle Schwächen überwinden soll, wird im Rahmen des *functional finance*[41] ein dauerhafter staatlicher Eingriff gefordert. Die Ausgangslage dabei ist die Gegenüberstellung von Überschuß- und Verschuldungseinheiten, sodass sich makroökonomisch ein Gleichgewicht ergibt. Wird mehr gespart, durch die Sparvolumina (Überschusseinheiten) im Land und mögliche Kapitalzuflüsse, als die möglichen Verschuldungseinheiten – durch Investitionen – bereit sind aufzunehmen, so muss der Staat auftreten und die überschüssigen Sparvolumina abrufen.[42] Auf diese Weise müssen wiederum die Staatsausgaben und die Staatseinnahmen (Steuereinnahmen) auseinanderklaffen. Damit geht der Ansatz des *functional finance* über die Forderung von Minsky hinaus, der zwar einen aktiven öffentlichen Sektor fordert und massive Eingriffe des Staates in den Arbeitsmarkt, bis hin zur Schaffung eines Parallelarbeitsmarktes, der aber auch von der Bedeutung eines langfristig ausgeglichenen Budgets ausgeht, um die internationale Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren. Folgt man hingegen dem hier vorgestellten Ansatz, so können auch langfristige Budgetdefizite argumentiert

werden, sofern die bestehenden Ungleichgewichte zwischen Überschuss- und Verschuldungseinheiten nicht nivelliert werden können. Bei einer genaueren Betrachtung kann jedoch zwischen diesen beiden postkeynesianischen Ansätzen eine konsistente Vorgangsweise gefunden werden. Zum einen gilt es, Ungleichgewichte zu überwinden und zum anderen wird verdeutlicht, dass auch im Rahmen des *functional finance* nicht automatisch von einem dauerhaften Defizit des öffentlichen Sektors ausgegangen wird, sondern, dass es sich vielmehr um einen Kontrapunkt zur bestehenden Spardoktrin des ökonomischen Mainstream handelt: *„… But if one promotes a balanced budget as an end in itself – as the ‚right' thing to do – it becomes ‚irresponsible' to do otherwiese, despite potential effects and te sacrifice of macro goals. This is not consistent with the principle of functional finance. It is best referred to as* dysfunctional finance."[43]

Damit lassen sich aus postkeynesianischer Perspektive zwei wichtige Richtungen als wirtschaftspolitische Alternativen ableiten: Zum einen muss unmittelbar fiskalpolitisch eingegriffen werden und die effektive Nachfrage gesteigert werden. Die Suche nach einer fiskalischen Disziplin in Krisenzeiten ist nicht effektiv. Vielmehr lässt sich als weitere wirtschaftspolitische Stoßrichtung die Suche und Analyse von ökonomischen Ungleichgewichten identifizieren. Überschusseinheiten bedingen Verschuldungseinheiten – daher ist die Suche nach Ungleichgewichten und damit die Verteilungsfrage im Zentrum der Analyse und zeigt damit, angesichts der Entwicklung der letzten Jahre in Europa, dass diese Diskussion wesentlich ist für die Lösung von realwirtschaftlichen ökonomischen Problemen.

## 5. Die Realwirtschaft in der Krise und die Verteilungsfrage

Wie bereits eingangs erwähnt, ist eine räumliche Analyse wesentlich und wendet sich gegen die a-räumliche Darstellung des ökonomischen Mainstream. Obwohl die strukturell-institutionelle Diskussion im Postkeynesianismus die individuelle Situation von Staaten und Regionen ins Zentrum rückt, bleibt vor einem theoretischen Hintergrund eine geografische Analyse zumeist unbeachtet. Hier greift der Postkeynesianismus unter anderem auf die Diskussionen von Gunnar Myrdal[44] zurück, der in einer regionalen Entwicklung nicht immer nur positive Umlandeffekte sieht, sondern auch negative regionalwirtschaftliche Effekte ausmacht.

Verbindet man die Aspekte der räumlichen ökonomischen Untersuchung mit Fragen der ungleichgewichtigen Entwicklung, lassen sich die postkeynesianischen Analysen in Fragen der personellen und der funktionalen Einkommensverteilung unterscheiden. Vor allem im Bereich der Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung wird die Verbindung zur Erklärung steigender Disparitäten in Europa geschaffen.[45] Hein/Tru-

ger (2011) analysieren vor diesem Hintergrund Leistungsbilanzungleichgewichte und ungleiche Einkommensverteilung in Europa, wobei die Autoren deutlich machen, dass durch die Finanzmarktliberalisierung der 1980er-Jahre die Ungleichverteilung stark zugenommen hat, was auch zu Profiten ohne Investitionen führt (S. 156). Daraus ergeben sich Forderungen auf 3 Ebenen, die wiederum verdeutlichen, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der postkeynesianischen Alternative nicht nur einen Markt oder eine Dysfunktionalität im herrschenden Kapitalismus ausmachen, sondern eine umfassende Reorientierung der Wirtschaftspolitik darstellen:[46] a) Re-Regulierung der Finanzmarktes und des realen Sektors zur Erhöhung der Transparenz, b) eine Verbesserung der internationalen Politikkoordinierung, um globale Ungleichgewichte zu verringern, c) eine Stabilisierung der Lohn- und Einkommenspolitik und eine Geldpolitik entsprechend den Analysen des endogenen Geldes, die die Zinspolitik der Notenbank ins Zentrum rücken. Die damit geforderten Restrukturierungsmaßnahmen sind umfassend, aber wenig konkret für einzelne Staaten und Regionen.

## 6. Der Wohnungsmarkt in der Krise und der allgemeine Verantwortungsrahmen des Auftrag

Am Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise stand der Zusammenbruch des Immobilienmarktes in den USA. Als Reaktion haben sich zahlreiche Studien mit der Suche nach Schuldigen für das Entstehen und das Platzen der Blase beschäftigt. Die Finanzierungsstruktur des Immobilienmarktes stand dabei im Mittelpunkt und kann in der Folge auch im Rahmen der oben beschriebenen Minsky Instabilitätshypothese erklärt werden, wonach die steigende Überschuldung der Haushalte lange Zeit das Entstehen der Blase angesichts steigender Immobilienpreise ermöglicht. Während zahlreiche standardökonomische Analysen die Schuld der Überschuldung der amerikanischen Haushalte in der Gier und dem Wunsch über die Verhältnisse zu leben verorten, zögern die meisten ÖkonomInnen, die dahinterliegende Struktur des Wohnungsmarktes in die Analysen mit einzubeziehen. Als Anwendung der unter 2.1 beschriebenen Eckpfeiler der postkeynesianischen Analyse ist es hingegen wesentlich, die institutionell-strukturellen Rahmenbedingungen zu beleuchten.

Dabei wird klar, dass der amerikanische Wohnungsmarkt den Haushalten keinerlei Alternativen zu einem Eigenheim bietet. Daraus ergibt sich auch die postkeynesianische Forderung nach einem starken Staat und damit der staatlichen Verantwortung eines adäquaten sozialen Rahmens.[47] Umgelegt für den wohnungspolitischen Rahmen bedeutet das, dass sozial leistbares Wohnen geschaffen werden muss und durch eine

gezielte Objektförderung unterstützt werden muss. Auf diese Weise kann nicht nur der institutionelle Rahmen am Finanzmarkt selbst, sondern auch auf anderen Märkten dazu beitragen, die wirtschaftliche Entwicklung des Staates zu stabilisieren. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Entwicklung der staatlichen Verantwortung (siehe Anhang Abbildung 2) – entnommen, aus der Frage nach aktiven wohnungspolitischen Maßnahmen zur Erzielung von leistbarem Wohnen – wird deutlich, dass in den europäischen Staaten auch auf dieser Ebene die Marktkontrolle zunimmt und die staatliche Leistungsbereitschaft abnimmt. Kombiniert man in der Folge das Niveau der staatlichen Leistungsbereitschaft mit den Kosten für Wohnraum, so wird deutlich, dass Tendenzen zu steigender marktlicher Kontrolle und geringerer staatlicher Verantwortung auch in steigenden Wohnkosten münden. Eine postkeynesianische Alternative muss daher auch in diesem Fall eine starke staatliche Verantwortung im Sinne eines aktiven *Big Government* propagieren.[48]

## 7. Fazit und Ausblick

Bietet der Postkeynesianismus nun konkrete und durchgängige Alternativen zur gängigen Wirtschaftspolitik? Die Antwort angesichts der dargestellten Argumentationslinie der postkeynesianischen Wirtschaftstheorie muss lauten: ja.

Warum hat dann die postkeynesianischen Theorie das sich durch die Wirtschaftskrise scheinbar öffnende Fenster zu einem wirtschaftspolitischen Umbruch nicht nutzen können? Schließlich wurden, wie dargestellt, postkeynesianische Ökonomen wiederentdeckt und von standardökonomischen Theoretikern reflektiert.

Die Antwort darauf kann keineswegs vollständig sein, doch lassen sich bei der Reflexion der postkeynesianischen Theorie Gründe dafür finden: Zum einen stellt die postkeynesianische Theorie alternative Antworten zur gängigen Wirtschaftstheorie dar, die aufgrund der theoretischen Grundlagen nach individuellen Antworten suchen und nicht unmittelbar immer die gleiche wirtschaftspolitischen Rezeptur zeigen. Damit ist die Schlagkraft verringert, doch bei genauer Betrachtung lassen sich auch den postkeynesianischen Fundamenten leicht konkrete Lösungen für spezifische Probleme finden. Dieses standardökonomische Vorurteil ist daher nicht belegbar.

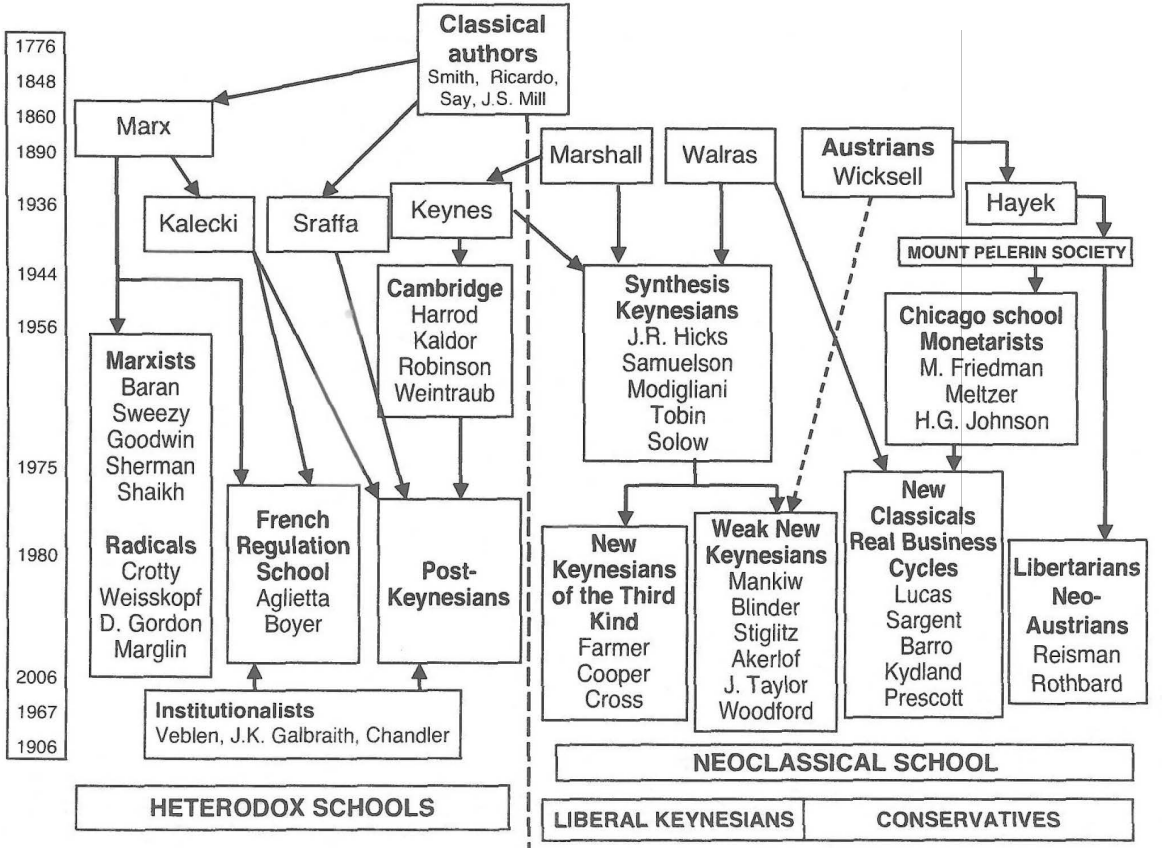
Dennoch konnte sich die postkeynesianische Alternative bisher nicht nachhaltig in der internationalen Wirtschaftspolitik etablieren.

Ein weiterer Grund dafür liegt auch in der in sich geschlossenen und über mittlerweile einige Dekaden andauernden standardökonomischen Übermacht in internationalen wirtschaftspolitischen Institutionen. Wie

oben in Abschnitt 2 verdeutlicht, fand sich der Postkeynesianismus demgegenüber immer in Opposition zum gängigen ökonomischen Mainstream, der sich auch über die Jahrzehnte gewandelt hat und persistente Kritikpunkte in die ökonomische Theorie aufgenommen hat. Gleichzeitig war die Forschung konzentriert, während sich im Rahmen des postkeynesianischen Ansatzes oft regional disperse Forschungseinheiten gebildet haben, die vielfach durch die jeweils eigenen regionalen und nationalen Fragestellungen determiniert waren und nicht an einer internationalen wirtschaftspolitischen Alternative gearbeitet haben. Ausdruck dessen waren auch die unterschiedlichen Forschungszentren und -schwerpunkte in den USA und Europa in den 1970er-/1980er-Jahren, die sich erst in den letzten Jahren wiederum verstärkt um eine internationale Verbindung kümmern.

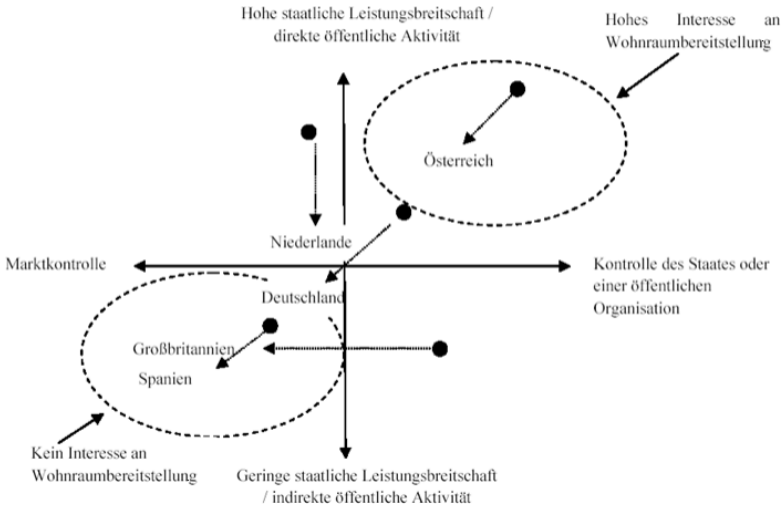
Ein weiteres Argument besteht sicherlich auch in der Tatsache, dass die postkeynesianischen Alternative eben genau eine in sich geschlossene Alternative darstellt, die sich nicht mit einzelnen Elementen in das gängige Paradigma eingliedern lässt, daher bedeutet die Umsetzung der Maßnahmen eine grundlegende Änderung der herrschenden wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Daher besteht die Hoffnung, dass durch eine starke, in sich geschlossene wirtschaftstheoretische und -politische Opposition angesichts der Ohnmacht des bestehenden ökonomischen *Mainstream,* die derzeitige Krise zu bekämpfen, mittelfristig ein abermaliges und längerfristiges Fenster für postkeynesianische wirtschaftspolitische Alternativen geöffnet wird.

## Anhang: Abbildung 1: Einflüsse auf den Postkeynesianismus




Quelle: Lavoie (2006) 3, Figure 1.1.

## Abbildung 2: Staatliche Verantwortlichkeiten am Wohnungsmarkt




Quelle: Springler (2010) 75.

## Anmerkungen

1 Neben J.M. Keynes sind Sraffa und Kalecki und damit indirekt auch Marx weitere wichtige Einflusse für den Postkeynesianismus, Abbildung 1 im Anhang stellt diesen Zusammenhang dar.

2 Siehe genaueres zur historischen Perspektive dieser Jahre unter anderem bei King (2002) 18ff.

3 Jäger/Springler (2012) Kap 5.2.

4 Robinson (1969) Preface.

5 Diese Aufgabe hat sich auch bis heute nicht verändert, auch in der heutigen Zeit versteht sich der Postkeynesianismus als Gegenposition zum Mainstream, es ist jedoch wichtig zu verdeutlichen, dass es sich um den jeweilig gängigen Mainstream handelt, denn es wird anerkannt, dass auch das allgemeine Bild des Mainstream sich verändert hat und sich dieser weiterentwickelt hat (Colander/Holt/Rosser [2004]).

6 Für eine genaue Darstellung der theoretischen Rahmenbedingungen siehe unter anderem: Eichner/Kregel (1975); Thirlwall (1997, [1993]). Beide genannten Beiträge stellen einen systematischen Überblick über die wesentlichen Konzeptionen des Postkeynesianismus dar. Ältere systematische Darstellungen und damit die klare Positionierung des Postkeynesianismus selbst sind nicht bekannt.

7 Vgl. unter anderem genaueres bei Jäger/Springler (2012).

8 Lavoie (2006) 12f.

9 Lavoie (1992) 20ff verdeutlicht beispielsweise kompakt auf welche Weise empirische Analysen und quantitative Methoden den ökonomischen Mainstream bestimmen und in der Folge auch weitere Generationen von StudentInnen beeinflussen und in ihrer Methodenwahl beherrschen.

10 Lawson (2003) 159f.

11 Dow (1985) 225f; Lavoie (1992) 282f.

12 Fontana (2006) arbeitet diesen Zusammenhang auf, zeigt vier Varianten von Unsicherheit und das Bestehen von fundamentaler Unsicherheit.

[13] Für eine genauere Darstellung siehe unter anderem Rosser (2001).
[14] Springler (2011).
[15] Vergleiche in diesem Zusammenhang die Gegenüberstellung in Jäger/Springler (2012).
[16] Springler (2009).
[17] Vgl. Rima (1981) Kap. 17.
[18] Klare wirtschaftspolitische Forderungen gibt es dennoch, die sich, wie King (2001) es darstellt, zu vier Punkten, beziehungswiese Diskussionen zusammenfassen lassen: 1. Arbeitslosigkeit wird durch eine Steigerung der Nachfrage verringert. 2. Starke Institutionen, die sich für eine richtige Bewertung des Mindestlohnes einsetzen sind gefordert. 3. Steigerung der öffentlichen Beschäftigten und Job-Garantien für Langzeitarbeitslose zu einem zu definierenden Mindestlohn. Diese Forderung steht in einem engen Zusammenhang zu den Forderungen von Hyman Minsky zur Überwindung ökonomischer Instabilitäten und Fluktuationen, die unter Abschnitt 3.1 genauer besprochen werden. 4. Verringerungen der Arbeitsstunden und Beschränkungen von Überstunden, wobei diese Forderung zu einer dispersen Diskussion innerhalb der postkeynesianischen ÖkonomInnen geführt hat.
[19] Im Hinblick auf einen engen Geldmengenbegriff, der das Zentralbankgeld, sowie die weitere Geldschöpfung der Geschäftsbanken umfasst.
[20] Siehe für eine zusammenfassende Darstellung unter anderem Springler (2009).
[21] Hier wird nicht unterschieden zwischen dem Ansatz der Strukturalisten und der Horizontalisten als zwei Formen des endogenen Geldes des Postkeynesianismus. Tatsächlich gab und gibt es eine lebhafte Debatte, um die Frage welche der Subformen größere Relevanz hätte. Siehe in diesem Zusammenhang für einen Überblick unter anderem Lavoie (1992) Kap. 4; Fontana (2009) Kap. 7 und graphische Darstellung in Kap. 8.
[22] Siehe unter anderem Dürmeier/Euler (2013); Becker (2013).
[23] Hier ist etwa auch das Forschungsnetzwerk des IMK in Deutschland zu nennen, sowie zahlreiche aktivistische Zusammenschlüsse heterodoxen ÖkonomInnen, wie im Rahmen der EuroMemo Gruppe oder auch des Netzwerks für Real World Economics.
[24] Siehe für einen Überblick unter anderem Stockhammer (2009).
[25] Hierbei gilt es zu erwähnen, dass es zwar mit dem Zirkulationsansatz auch ein Form des endogenen Geldes gibt, die aktiv auf die Verbindung zwischen Produktion und Verschuldung-Sphäre des Unternehmens abstellt, hierbei jedoch einen weniger beachteten Teil der postkeynesianischen Analyse darstellt – für einen Überblick siehe unter anderem Parguez/Seccareccia (2000).
[26] Fama (1970).
[27] In diesem Zusammenhang verweisen AutorInnen der Weltbank in ihren Studien (siehe unter anderem Barth/Caprio/Levine [2002]) auf den ineffizienten Zusammenhang zwischen staatlichem/institutionellen Einflussbereich und Effektivität der Regulierung.
[28] Papadrimitriou/Wray (2008) xi.
[29] Vgl. für die nachfolgenden Ausführungen zur Verschuldungsstruktur unter anderem Minsky (1985) 43f; Minsky (1992).
[30] Minsky (1985) 43.
[31] Minsky (1985) 43.
[32] Minsky (2008) 328.
[33] Minsky (2008) 329.
[34] Tymoigne (2010) 64.
[35] Minsky (2008) 338.
[36] Minsky (2008) 343.
[37] Minsky (2008) 343f.
[38] Kregel (2010) 40ff.
[39] Minsky (2008) 365.

[40] Wie beispielsweise im erschienenen Sammelband „The Elgar Companion to Hyman Minsky“ (Hrsg. Papadimitriou/Wray [2010]) oder den Aufsätzen des Levy Institutes (www.levy.org) deutlich wird.
[41] Der Begriff *„functional finance“* wurde von Abba Lerner geprägt und bedeutet, dass öffentliche Defizite und öffentliche Verschuldung gezielt zugelassen werden, um die Stabilisierung der Nachfrage zu ermöglichen (vgl. Mehrling (2003) 83).
[42] Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Darstellungen unter Jäger/Springler (2012) Kap. 3.
[43] Forstater (2003) 162.
[44] Siehe unter anderem Panico/Rizza (2009).
[45] Siehe unter anderem Stockhammer (2009).
[46] Hein/Truger (2011) 176; siehe für einen Überblick auch Horn/van Treek (2011) 29.
[47] Vgl. in diesem Zusammenhang auch BEIGEWUM/Attac (2010) 25-31.
[48] Vgl. auch Springler (2010).

## Literatur

Akyüz, Yilmaz, Towards Reform of the International Financial Architecture: Which Way Forward?, in: Akyüz, Yilmaz (Hrsg.), Reforming the Global Financial Architecture. Issues and Proposals (London 2002).

Barth, James; Caprio, Gerard; Levine, Ross, Bank Regulation and Supervision: What works best? (= NBER Working Paper 9323, Washington D. C. 2002); http://www.nber.org/papers/w9323.

Becker, Joachim, Der neo-liberale Elfenbeinturm und die Linke. Zu den Produktionsbedingungen der heterodoxen ÖkonomInnen, in: Kurswechsel 1 (2013) 62-73.

BEIGEWUM/Attac, Mythen der Krise, Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash (Hamburg 2010).

Colander, David; Holt, Richard; Rosser, Barkley, The Changing Face of Mainstream, in: Review of Political Economy 16/4 (2004) 485-499.

Dow, Sheila; Ghosh, Dipak; Ruziev, Kobil, A stages approach to banking development in transition economies, in: Journal of Post Keynesian Economics 31/1 (2008) 3-33.

Dow, Sheila; Macroeconomic Thought, A Methodological Approach (Oxford 1985).

Dow, Sheila, Post Keynesian Methodology, in: Holt, Richard; Pressman, Steven (Hrsg.), A New Guide to Post Keynesian Economics (London 2001).

Dürmeier, Thomas; Euler, Johannes, Warum in der Wirtschaftswissenschaft keine Pluralität entsteht. Eine Zwischenbilanz nach 10 Jahren Real World Economics in Deutschland, in: Kurswechsel 1 (2013) 24-40.

Eichner, Alfred; Kregel, Jan, An Essay on Post-Keynesian Theory: A New Paradigm in Economic, in: Journal of Economic Literature 13/4 (1975) 1293-1314.

Fama, Eugene, Efficient Capital Markets: A Review of Theory and Empirical Work, in: The Journal of Finance 25/2 (1970) 383-417.

Fontana, Giuseppe, Money, Uncertainty and Time (Oxon 2009).

Fontana, Giuseppe, Keynes, Uncertainty and Money, in: Arestis, Philip; Sawyer, Malcolm (Hrsg.), A Handbook of Alternative Monetary Economics (Cheltenham 2006) 438-453.

Forstater, Mathew, Functional finance and full employment: lessons from Lerner for today, in: Nell, Edward; Forstater, Mathew (Hrsg.), Reinventing Functional Finance. Transformational Growth and Full Employment (Cheltenham 2003) 160-170.

Godley, Wynne; Lavoie, Marc, Monetary Economics: An Integrated Approach to Credit, Money, Income, Production and Wealth (Houndmills 2007).

Hagemann, Harald, The General Theory of Employment, Interest and Money nach 75 Jahren – eine historische Perspektive, in: Chaloupek, Günther; Marterbauer, Markus (Hrsg.), 75 Jahre General Theory Employment, Interest and Money (= Reihe Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Bd.17, Wien 2012) 5-30.

Hein, Eckhard; Truger, Achim, Finanzdominierter Kapitalismus in der Krise – Plädoyer für einen globalen keynesianischen New Deal, in: Ökonomie und Gesellschaft Jahrbuch 23: Keynes 2.0 – Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik (Marburg 2011).

Horn, Gustav; Van Treek, Till, Ungleichheit und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, in: Helmedag, Fritz; Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Nachhaltige Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise (= Schriften der Keynes-Gesellschaft Band 4, Marburg 2011).

Jäger, Johannes; Springler, Elisabeth, Ökonomie der internationalen Entwicklung, Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre (Wien 2012).

Keynes, John Maynard, The General Theory of Employment, Interest, and Money (New York 1964) [1936].

King, John E., A History of Post Keynesian Economics Since 1936 (Cheltenham 2002).

King, John E., Labor and employment, in: Holt, Richard; Pressman, Steven (Hrsg.), A New Guide to Post Keynesian Economics (London 2001).

Kregel, Jan, What would Minsky have thought of the mortgage crisis?, in: Papadimitriou, Dimitri; Wray, Randall (Hrsg.), The Elgar Companion to Hyman Minsky (Cheltenham 2010) 31-46.

Lavoie, Marc, Introduction to Post-Keynesian Economics (London 2006).

Lavoie, Marc, Foundations of Post-Keynesian Economic Analysis (Cheltenham 1992).

Lawson, Tony, Keynes's realist orientation, in: Runde, Jochen; Mizuhara, Sohei (Hrsg.), The Philosophy of Keynes's Economics: Probability, Uncertainty and Convention (London 2003) 159-169.

Mehrling, Mathew, Functional Finance, past and present, in: Nell, Edward; Forstater, Mathew (Hrsg.), Reinventing Functional Finance. Transformational Growth and Full Employment (Cheltenham 2003) 83-88.

Minsky, Hyman, Stabilizing and Unstable Economy (New York 22008).

Minsky, Hyman, The Financial Instability Hypothesis (= Working Paper No. 74, Levy Institute, Annandale-on-Hudson 1992).

Minsky, Hyman, The Financial instability hypothesis: A restatement, in: Arestis, Philip; Skouras, Thanos (Hrsg.), Post Keynesian Economic Theory, A Challenge to Neo Classical Economics (Armonk 1985) 24-55.

Orhangazi, Özgür, Financialisation and the US Economy (Cheltenham 2008).

Palley, Thomas, A Theory of Minsky Super Cycles and Financial Instability, in: Contributions to Political Economy 30/1 (2011) 31-46.

Palley, Thomas, Monetary policy in an endogenous money economy, in: Arestis, Philip; Sawyer, Malcolm (Hrsg.), A Handbook of Alternative Monetary Economics (Cheltenham 2006) 242-257.

Panico, Carlo; Rizza, Maria Olivella, Myrdal, growth processes and equilibrium theories, in: Salvadori, Neri; Commendatore, Pasquale; Tamberi, Massimo (Hrsg.), Geography, Structural Change and Economic Development. Theory and Empirics (Cheltenham 2009) 183-202.

Parguez, Alain; Seccareccia, Mario, The credit theory of money: the monetary circuit approach, in: Smithin, John (Hrsg.), What Is Money? (Oxon 2000).

Papadimitriou, Dmitri; Wray, Randall, Minsky's Stabilizing an Unstable Economy: Two Decades Later, Vorwort zu: Minsky, Hyman, Stabilizing and Unstable Economy (New York 2008).

Rima, Ingrid, Labor Markets, Wages, and Employment. An Introduction to Labor Economics (New York 1981).
Robinson, Joan, Introduction to the Theory of Employment (London 21969).
Rosser, Barkely, Uncertainty and expectations, in: Holt, Richard; Pressman, Steven (Hrsg.), A New Guide to Post Keynesian Economics (London 2001).
Rothschild, Kurt, Die politischen Visionen großer Ökonomen (Göttingen 22012).
Snowdon, Brian; Vane, Howard, Modern Macroeconomics. Its Origins, Development and Current State (Cheltenham 2005).
Springler, Elisabeth, Geldtheorie und Instabilität des Finanzmarktes. Postkeynesianische Ansätze des endogenen Geldes, in: Becker, Joachim; et al. (Hrsg.), Heterodoxe Ökonomie (Marburg 2009) 35-54.
Springler, Elisabeth, Finanzkrise und die steigende finanzielle Belastung der Haushalte durch Wohnkosten, in: Kurswechsel 1 (2010) 67-75.
Springler, Elisabeth, Kurt Rothschilds postkeynesianische Methodologie, in: Kurswechsel 2 (2011) 18-26.
Stockhammer, Engelbert, Effektive Nachfrage, Einkommensverteilung und Inflation. Postkeynesianische Ansätze zur Makroökonomie, in: Becker, Joachim; et al. (Hrsg.), Heterodoxe Ökonomie (Marburg 2009) 17-34.
Thirlwall, Antony, The Renaissance of Keynesian Economics, in: Macroeconomic Issues from a Keynesian Perspective. Selected Essays of A. P. Thirlwall, Bd. 2 (Cheltenham 1997); Original in: Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review 186 (1992).
Tymoigne, Èric, Minsky and economic policy: 'Keynesianism' all over again?, in: Papadimitriou, Dimitri; Wray, Randall (Hrsg.), The Elgar Companion to Hyman Minsky (Cheltenham 2010) 47-83.
Vera, Alfonso Palacio, The endogenous money hypothesis: some evidence from Spain (1987-1998), in: Journal of Post-Keynesian Economics 23/3 (2001) 509-527.

## Zusammenfassung

Angesichts der offensichtlichen Machtlosigkeit der herrschenden ökonomischen Lehrmeinung und deren wirtschaftspolitischen Ausformung des Neoliberalismus wirksame Wege aus der globalen Finanz-, Wirtschafts- und Verschuldungskrise aufzuzeigen, widmet sich dieser Beitrag einer ökonomischen Alternative: dem Postkeynesianismus. Dieser versteht sich als Opposition zum ökonomischen Mainstream und zeigt im Rahmen von geld-, fiskal- und lohnpolitischen Maßnahmen ein durchgängiges alternatives wirtschaftspolitisches und -theoretisches Modell. Um die Unterschiede in den theoretischen Konzeptionen zwischen der Modellwelt des ökonomischen Mainstream und dem Postkeynesianismus zu verdeutlichen, widmet sich der Beitrag zunächst der historischen und theoretischen Genese des Postkeynesianismus. In der weiteren Folge werden die Stadien der globalen Finanzkrise, bis hin zur Verschuldungskrise skizziert und auf jeder Ebene, auf Basis der alternativen theoretischen Fundierung, Lösungsmöglichkeiten vorgestellt. Dabei werden auch die Probleme des Postkeynesianismus erläutert, als durchgängige und anwendbare Alternative wahrgenommen zu werden.